

Konfliktzone im Südchinesischen Meer Über die Bedeutung des Konflikts um die Spratly- und Paracel-Inseln

von Andreas Seifert



Chinesische Militärposten im Südchinesischen Meer,
Quelle: Xinhua

Die Diskussion um die Spratly Inseln taucht seit den 1970er Jahren mit der gleichen Regelmäßigkeit auf der politischen Agenda auf, wie diese Inseln aus dem Südchinesischen Meer - mit der gefährlichen Tendenz zu einem bewaffneten Konfliktaustrag. Die Bestrebung Beijings um Vormachtstellung im Südchinesischen Meer erhöht die Gefahr regionaler Konflikte und beschleunigt die Aufrüstungsspiralen in Ost- und Südostasien. Der folgende Beitrag beleuchtet den Konflikt in seinem jetzigen Stand und untersucht die Auswirkungen auf die Rüstung in den Staaten Südostasiens. Darüber hinaus sollen die Implikationen des Konfliktes auf das Verhältnis der Region zu den weiter entfernt liegenden Staaten Indien und Japan angesprochen werden, um die Bedeutung des Konfliktes für das militärische Gleichgewicht in der Region und darüber hinaus zu verdeutlichen.

Von den knapp 200 Inseln, Sandbänken und Riffen der Spratly und Paracel Gruppen sind nur sehr wenige für die dauerhafte Besiedelung geeignet. Die große Mehrheit der Inseln besteht nur aus kleineren Felsspitzen, die sich die meiste Zeit des Jahres unter der Wasseroberfläche befinden. Lediglich bei einer Handvoll sind zumindest temporär Menschen anzutreffen. Gelegen im Südchinesischen Meer zwischen der Volksrepublik China, der Republik China auf Taiwan, den Philippinen, Malaysia, Brunei und Vietnam sind die Inseln Gegenstand von erbittertem Streitereien zwischen den Parteien geworden. Jeder der genannten Staaten erhebt Ansprüche auf die Inseln oder Teile der Archipele. Sie liegen stra-

tegisch günstig zu den Schifffahrtsrouten der chinesischen, japanischen und koreanischen Häfen auf dem Weg in den Mittleren Osten und Europa. Der sie umgebende Meeresboden steht überdies im Verdacht, Bodenschätze aller Art zu beherbergen. Über sie kontrolliert man zudem ein gigantisches Areal von Fischgründen.

Erstmals eskalierte der Streit um die Inseln in den 1970er Jahren, als sich chinesische Schiffe und Soldaten mit der vietnamesischen Marine Scharmützel lieferten. Dies löste eine ganze Welle von „Besetzungen“ aus, die von Befestigungen kleinerer Inseln bis zur Etablierung von Armeestützpunkten reichten. Ende der 1980er Jahre wiederholte sich diese Zuspitzung erneut und führte zu den ersten Toten in dem Konflikt.¹ 1995 reagierten die Philippinen auf die Einrichtung und Befestigung eines chinesischen Stützpunkts mit einer diplomatischen Offensive und Machtdemonstrationen zur See. Hohe Kosten und geringer ökonomischer Nutzen solcher Besetzungen haben umgekehrt auch immer wieder dafür gesorgt, dass Inseln zeitweise oder komplett wieder geräumt wurden. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts ändert sich dies jedoch dramatisch. Gewachsene technische Möglichkeiten und die verstärkte internationale Konkurrenz um Ressourcen lassen heute die gezielte Suche nach Rohstoffen im Südchinesischen Meer als ggf. lukratives Geschäft erscheinen. Gesteigerte militärische Möglichkeiten indes vermitteln die Illusion, einmal Erobertes auch behalten zu können. Seither ist die Zahl der auf den Inseln stationierten Soldaten aller

Parteien kontinuierlich angewachsen. 2002 einigten sich die Parteien in einem Memorandum darauf, keine weiteren Aktionen zur „Destabilisierung“ der Situation zu unternehmen - allerdings mit begrenztem Erfolg.

Chinas territoriale Ansprüche und Rüstung zur See

Auch die Volksrepublik China hat das Memorandum 2002 gezeichnet und es erhebt gleichzeitig wohl die weitreichendsten Ansprüche in der Region. Die VR reklamiert nicht nur fast alle Inseln beider Inselgruppen, sondern auch noch den Raum dazwischen als eigenes Hoheitsgebiet - ein Gebiet, so groß wie das Mittelmeer. Auf Landkarten, die in der Volksrepublik China gedruckt werden, wird das Gebiet als Staatsgebiet gekennzeichnet. Einzelne Inseln (Riffe) wurden zu regelrechten Festungen ausgebaut und sind von rotierenden Einheiten der Volksbefreiungsarmee „bewohnt“. Dieses Muster der Okkupation wird von fast allen Anrainern betrieben - doch von niemanden so konsequent, wie von China. Begleitet werden die Besetzungen von einer geradezu grotesken Propaganda in den chinesischen Medien. Regelmäßige Berichte über den Zustand der Inseln und der „aufopfernden Hingabe“ ihrer militärischer Bewohner werden im Fernsehen und in Hochglanzmagazinen verbreitet. Zur Untermauerung der Ansprüche wurden Delegationen von Archäologen auf die Inseln entsandt, um anhand von gefundenen Porzellscherben eine frühe Besiedelung durch Chinesen nachzuweisen. Dies verweist auf die innenpolitische Dimension, die der Konflikt hat. Seit den erste „Okkupationen“ in den 1970er Jahren wird darüber aus einer Militärperspektive berichtet, die den „Kampf“ um die Inseln zur nationalen Ehrensache erhebt.

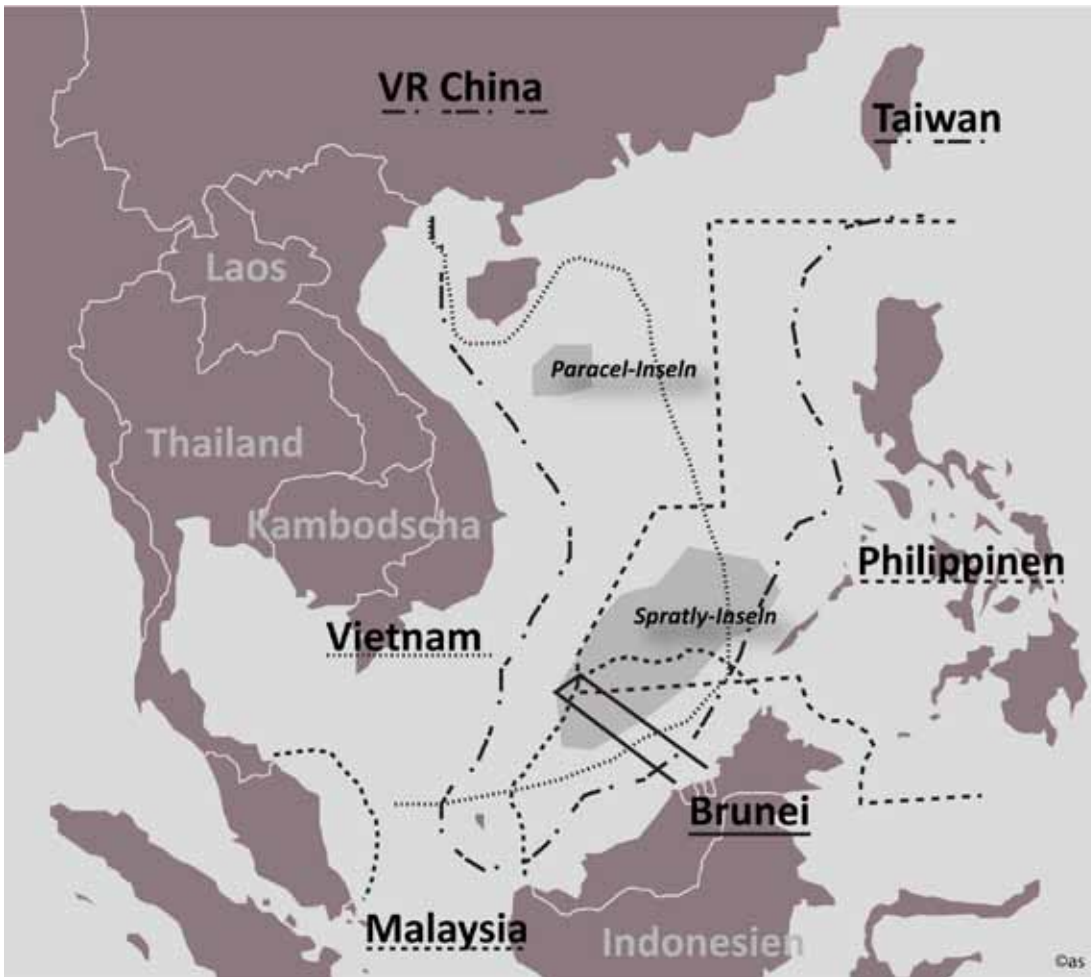
In Taiwan, sonst von Beijing als abtrünnige Provinz bezeichnet, findet die VR China einen gleichgesinnten Verbündeten. Anders als die VR China verfügt Taiwan auf einer der Inseln über eine Landebahn und kann die von ihr beanspruchten Inseln ganzjährig schnell erreichen. Aber auch dort ist man inzwischen besorgt über den Ton, der auf dem Festland angeschlagen wird.

In einem Artikel in der *Global Times*, einer in Beijing auf Englisch erscheinende Zeitschrift, Ende September 2011 kam der chinesische Analyst Long Tao zu dem Schluss, es sei Zeit, den Anrainern eine militärische Lektion zu erteilen.² Die *Global Times* gilt als ein wichtiges Sprachrohr der kommunistischen Partei Chinas in Fragen der Außenpolitik. Long Tao schlug in dem Artikel vor, dass ein begrenzter Krieg gegen Vietnam und die Philippinen die Möglichkeit böte, dem „aggressiven Verhalten“ dieser Staaten ein Ende zu bereiten. In einem Online-Kommentar zwei Tage später wiederholte er seine Kernaussagen und betonte auch an dieser Stelle mit Verweis auf das russische Eingreifen in Georgien 2008, dass die internationale Gemeinschaft ein solches Verhalten hinnehmen würde.³ Auch wenn in Beijing kein Politiker sich öffentlich hinter eine solche Aussage stellen wollte, verfehlte sie ihre Wirkung nicht. In Vietnam und den Philippinen war die Aufregung groß und Taiwan, selbst um seine Inseln besorgt, beeilte sich zu betonen, dass die Lösung des Konfliktes nur friedlich und einvernehmlich erfolgen sollte.⁴ Longs Ausbruch an Nationalismus ist unmittelbar vor dem chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober nicht unbedingt ungewöhnlich für einen Kommentar in der chinesischen Presse, doch in seinem drastischen Ruf nach Krieg und Eskalation einzigartig. Das Jahr 2011 sah eine stufenweise Eskalation, die in Longs Aufruf gipfelte, aber auch 2012 unvermindert fortgesetzt wurde.

Februar 2011 bedrohten chinesische Kriegsschiffe vietnamesische Fischer mit einer Fregatte. Im März 2011 attackierten chinesische

Schiffe ein philippinisches Explorationsschiff, das in dem Gebiet nach Öl suchen sollte. Im Mai eskaliert der Streit mit Vietnam, die Konzessionen an eine amerikanische Ölfirma für Explorationen in strittigem Gebiet vergeben hatten, indem chinesische Schiffe ein Kabel eines Forschungsschiffes kappten. Im gleichen Monat riefen vietnamesische Fischer dazu auf, die Gewässer stärker vor der Überfischung durch chinesische Fabrikboote zu schützen - was Beijing mit der Entsendung eines der größten Fischereischutzboote⁵ beantwortete, um seinerseits für die „Pflege“ des Bestandes an Fischen zu sorgen. Vietnam reagierte mit einem gemeinsamen Seemanöver mit Schiffen der US-Navy vor der Küste als Machtdemonstration. Der Verteidigungsminister der VR China General Liang Guanlie stellte im Juni bei einem Treffen der ASEAN in Singapur die Lage im Südchinesischen Meer als stabil und sicher dar - eine Einschätzung die von keinem der anwesenden Diplomaten geteilt, sondern als Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Situation gewertet wurde. Die Reaktionen, insbesondere der Anrainer des Südchinesischen Meeres, reichten von Unverständnis bis Protest. Auch seit Beginn 2012 ist eine Fortsetzung der Eskalationsspirale von allen Seiten zu beobachten. Die vorübergehende Festnahme chinesischer Fischer durch philippinische Kräfte vor der Scarborough Sandbank (chin. Huangyan) veranlasste das beijinger Außenministerium zu einem scharfen Protest gegen die „Verletzung chinesischen Hoheitsgebietes“ am 20. April. Die Protestnote wurde begleitet von der Entsendung mehrerer Fischereischutzboote, was von der philippinischen Regierung mit der Entsendung von zwei Schiffen der Marine am 24. April beantwortet wurde. Nun beschuldigen beide Seiten sich der Eskalation der Ereignisse und nutzen schon länger geplante Manöver (China mit Russland, Philippinen mit den USA) zu Machtdemonstrationen und Drohgebärden.⁶

Die chinesische Marine wird seit Jahren systematisch aus- und umgebaut. Wie im Bereich der Heeres und der Luftwaffe, verfolgt die VR einen Umbau von der Masse zur Klasse, d.h. der Reduktion der Mannstärke bei gleichzeitiger technischer Aufrüstung. Dabei erscheint das Drohgespenst eines Flugzeugträgers besonders hervorstechend, ist aber nur ein kleiner Teil der eigentlichen Aufrüstung.⁷ Neue Fregattenklassen und die Verbesserungen bei den U-Booten sind hier letztlich ausschlaggebendere Faktoren. Die Marine baut zudem ihre Kapazitäten bei Landungsbooten aus und erwirbt damit die Fähigkeit, größere Truppenmengen anzulanden - ein wichtiger Faktor, sowohl für mögliche Taiwan-Szenarien wie auch für Szenarien im Südchinesischen Meer. Der Ausbau der Basis Sanya zu einem nicht einsehbaren U-Boot-Hafen an der Südspitze von Hainan, dem südlichsten Zipfel des chinesischen Festlandes, erzeugte viel Aufmerksamkeit. Mit der Weiterentwicklung der DF-21 Mittelstreckenrakete verfügen die Chinesen erstmals über eine ballistische Rakete, die in der Lage sein soll, fahrende Ziele zur See zu treffen. Diese Waffe, auch als Carrier-Killer bezeichnet, ändert die Spielregeln zur See deutlich und gleicht Defizite, wie sie die chinesische Marine in einer direkten Auseinandersetzung z.B. mit den Streitkräften der USA hätte, aus. Ein anderer Aspekt besteht darin, dass China die Struktur seiner Landesverteidigung ändert. Die Fischereiaufsichtsbehörde, früher eher ein vernachlässigtes Anhängsel der Armee, hat eine höhere Autonomie und neues Material erhalten. Die größten Boote der Behörde kommen in Größe und Geschwindigkeit an ältere Fregatten heran - sind aber nicht in gleicher Weise bewaffnet - und waren in fast alle bisherigen Zwischenfälle im Südchinesischen Meer verwickelt. Auch die unmittelbare Küstenverteidigung ist neu organisiert und wird teilweise der Bewaffneten Polizei (Peoples Armed Police) überlassen. Auch hier bilden Neuanschaffungen wie die Boote der Houbei Klasse/Type 22 (schnelle Katamaranboote mit Raketenbewaffnung) einen Zugewinn an Einsatzfähigkeit. Die Marine selbst versucht



Karte des strittigen Gebiets im Südchinesischen Meer - mit den jeweiligen Ansprüchen - Grafik: as

sich in ihren Einsatz- und Trainingsszenarien zusehends auf Aufgaben zur hohen See zu konzentrieren und wird damit vordergründig zu einem sekundären Akteur im Südchinesischen Meer.

Die neusten Entwicklungen zeigen, dass die angesprochenen Veränderungen in der Organisation der Küstenverteidigung und auch des Fischereischutzes auch einen anderen Aspekt haben, der sich bei der Behandlung territorialer Konflikte als durchaus hinderlich erweisen könnte. So ist bei den unterschiedlichen chinesischen Institutionen keinerlei einheitliche Politik zu beobachten, vielmehr erscheint die Außenpolitik gegenüber den unmittelbaren Anrainern der VR immer öfter als fragmentiertes Konstrukt miteinander in Konkurrenz stehender Behörden. Das Außenministerium der VR China scheint letztlich nicht in der Lage, (s)eine Position verbindlich festzuschreiben. Die Crisis Group geht in ihrer Analyse vom April 2012 davon aus, dass die strukturelle Schwäche des Außenministeriums und der Wettbewerb zwischen konkurrierenden chinesischen Behörden und Institutionen um staatliche Ressourcen ein einheitliches Auftreten der VR verhindert und damit verschärfend auf den Konflikt im Südchinesischen Meer wirkt.⁸ Bisherige Versuche, eine legale Basis für die Behandlung territorialer Konflikte zur See zu schaffen, sind demnach gescheitert.

Die Zustandsbeschreibung der Crisis Group übersieht nicht, dass es bereits Bestrebungen innerhalb der chinesischen Administration gibt, eine stärker zentralisierte Position zu entwickeln und die Anzahl der Akteure zu verringern, sieht jedoch den Prozess erst am Anfang. Spannungen und Zwischenfälle in der Region können unter diesen Bedingungen von den in Konkurrenz stehenden chinesischen Institutionen zur Rechtfertigung eigener „Aufrüstung“ genutzt werden - auch und besonders von der Marine selbst. Sie ist es letztlich, die den unmittelbaren Konflikt austragen wird, auch wenn sie ihn nicht hervorgerufen haben sollte.

Als Begründung für die Aufrüstung zur See wird oft die gestiegene Bedeutung Chinas in der Welt und seine Exportabhängigkeit angeführt, die, in Analogie zu Begründungen in Europa, sichere Handelswege erfordert.⁹ Eines der expliziten Ziele der chinesischen Aufrüstung ist es aber, in begrenzten, lokalen und hochtechnisierten Konflikten bestehen zu können.¹⁰

Unter dem Vorwand, der stärker werden chinesischen Marine etwas entgegenzusetzen, versuchen fast alle Anrainer ihre maritimen Fähigkeiten auszubauen. Taiwan stockt seine kleine Flotte von Kuang Hua VI Patrouillenbooten auf 30 Boote auf, die mit Raketen ausgerüstet sind - und würde gern mehr anschaffen.¹¹ Der Kauf von zwei russischen Gepard-Fregatten und zwei Svetlyak-Kanonenbooten sowie sechs Molinya-Raketenbooten seitens Vietnam erfolgt in Reaktion auf den Ausbau der chinesischen Fähigkeiten.¹² Die Philippinen versuchen trotz angespannter Haushaltslage ebenfalls mitzuhaltend und planen die Anschaffung älterer südkoreanischer U-Boote. Tabelle I zeigt die prinzipielle Übermacht der chinesischen Flotte in der Region.

Der Blick auf die Tabelle mag auch als Erklärung für Long Taos Ruf nach einem Krieg gegen Vietnam, bzw. die Philippinen dienen: Es sind die bisher schwächsten Gegner in der Region.

Trotz all dieser beunruhigenden Nachrichten muss aber auch festgehalten werden, dass sich in der Region im Augenblick noch kein „Wettrüsten“ feststellen lässt - Steigerungsraten in den Verteidigungsbudget sind mit Ausnahme Chinas, Indiens und Australiens moderat und waren selbst bei Indien und China gekoppelt an Steigerungen des Bruttosozialprodukts. Dennoch belief sich Chinas jährlicher Zuwachs auf beeindruckende 12% von 39,5 Milliarden 2001 auf 119,4 Milliarden 2010.¹³

Behält China das Tempo und den Fokus seiner Aufrüstungsmaßnahmen bei, wie es sich mit den jüngsten Bekanntgaben von

Tabelle I - Vergleich der Marinekräfte ausgewählter Länder

	China	Taiwan	Vietnam	Philippinen	Singapur	Malaysia	Indonesien	Indien	Australien
Truppenstärke Marine	271.000	45.000	13.000	24.000	9.000	14.160	25.000	57.150	15.240
Einsatztruppen der Marine	10.000	15.000	27.000	8.300			20.000	1.200	
U-Boote	71	4	2		5	2	2	16	6
Zerstörer	13	4						10	
Fregatten	65	22	(2*)	1	6	8	11	12	12
Korvetten			7		6	4	19	24	
Flugzeugträger	(1*)							1	

Zahlen nach „The Military Balance 2011“, S. 222-282. *noch nicht einsatzfähig aber bestellt.

Tabelle II - Kennzahlen der Verteidigungsbudgets

Land	2004	%BIP	2010	%BIP	Importe* 2006-2010	Rang*
China**	52.954	2,1	119.400	2,2	7.724	2
Taiwan	7.864	2,2	9.078	2,4	947	32
Malaysia	3.640	2,3	3.626	2,0	3.500	11
Philippinen	1.310	0,9	1.626	0,8	57	91
Singapur	6.382	4,6	8.399	4,3	4.402	7
Vietnam	1.369	2,0	2.385	2,5	793	37
Indien	26.679	2,8	41.284	2,8	11.139	1
Australien	14.705	1,8	23.972	1,9	4.054	9
z.Vergl.: EU	282.000		285.000			
z. Vergl.: Germany	46.183	1,4	45.152	1,4	813	36
z. Vergl.: USA	527.799	4,0	698.281	4,7	3.995	10

Zahlen in Milliarden USD, *Volumen der Waffenimporte nach den SIPRI-Berechnungen (Trend Indicator Values),

** Berechnungen von SIPRI, Quelle: SIPRI, Yearbook 2011.

einem Zuwachs von 11,2 % für 2012 andeutet,¹⁴ werden die Nachbarn aber mit hoher Wahrscheinlichkeit versuchen, hier mitzuhalten. China verlässt mit dieser Haushaltssteigerung zudem auch die ungeschriebene Regelung in der Region, die Steigerungen des Militärhaushaltes an die Steigerungen des BIP zu koppeln – dies war in der Vergangenheit oft ein Argument der chinesischen Seite, nur „moderat“ aufzurüsten, da der Militärhaushalt unter den Steigerungsraten der Wirtschaft gewachsen ist.

Rüstungstrends in Asien

Der Konflikt um die Inseln hat nicht zuletzt durch seine Implikationen für die Aufrüstungsbemühungen der Anrainer eine weit über die Region hinausgehende Bedeutung erreicht. Dies gilt besonders für zwei große Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft: Japan und Indien. Mit Japan entzweit China ein ähnlicher Konflikt wie im Südchinesischen Meer. Hier trägt der Streit um die Diaoyu/Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer ähnliche Züge. Auch in diesem Fall geht es nicht um die weitestgehend unbewohnbaren Inseln selbst (die seit neuestem alle sowohl einen chinesischen, wie ein japanischen Namen tragen), sondern um die Ausbeutung des Meeresbodens. Das Vorhaben einer gemeinsamen Erkundung der Ressourcen am Meeresgrund zwischen China und Japan wird immer wieder durch Provokationen der einen, wie der anderen Seite unterbrochen. Das Drohgespenst eines hochgerüsteten China

hat in Japan die Diskussion um die Aufrechterhaltung des Artikel 9 der Verfassung befeuert, der Japan eine reguläre Armee untersagt und in der Praxis bisher die Größe und Ausrüstung der japanischen Streitkräfte auf „Selbstverteidigungskräfte“ limitiert. Konservative Kräfte in Japan haben bereits die Anschaffung der Hyuga-Klasse Hubschrauberträger durchgesetzt, die aufgrund ihrer Größe und Fähigkeiten oft als, laut japanischer Verfassung verbotene, offensive Flugzeugträger gewertet werden. Japans Interesse an sicheren Handelswegen und die Angst von den Energieströmen aus dem Mittleren Osten abgeschnitten zu werden, sind Argumente, die nicht viel anders in chinesischen Strategiepapieren auftauchen. Auf beiden Seiten heizt Nationalismus die Debatte an und droht immer wieder gemeinsame Interessen zu verdecken.

Indien antizipiert die Aufrüstung in China und das chinesische Bündnis mit Pakistan als eine direkte Bedrohung. Die chinesische Präsenz im indischen Ozean in Form von Geleitschiffen im Rahmen der UN-Flotte vor der somalischen Küste und über den Ausbau verschiedener Häfen in Myanmar und Pakistan mit chinesischer Beteiligung¹⁵ haben diesen Eindruck verstärkt und zu einer nahezu beispiellosen Aufrüstungsoffensive in Indien geführt. Die angenommene „Einkreisung“ durch chinesische Kräfte hat den bisherigen Fokus der Aufrüstung vom Heer, motiviert durch die gestörten Beziehungen zum nördlichen Nachbarn Pakistan, auf die Marine verschoben. Der betagte ehemals britische Flugzeugträger INS Viraat soll 2013 durch ein russisches Modell ersetzt werden, bis die Eigenentwicklung Vikrant in Dienst gestellt werden kann.

Zielgröße ist der parallele Betrieb von zwei Flugzeugträgern. Auch bei Atom-U-Booten verfährt Indien in dieser Form. Ein Boot der russischen Akula II-Klasse sollte im Frühjahr 2012 an die indische Marine übergeben werden, während man gleichzeitig an einer Eigenentwicklung in diesem Bereich arbeitet. Die Entwicklung von Lenkwaffen zur Unterstützung des Küstenschutzes, wie auch die Verbesserung der Mittelstreckenrakete Agni-IV, die eine Reichweite von bis zu 3000 Kilometern hat, sind ebenfalls vorgesehen.¹⁶ Die Verstärkung des Militärpostens auf den Nicobaren, direkt vor der Einfahrt in die Straße von Malakka, und auch die Einrichtung einer Station auf Madagaskar deuten den Einflussrahmen an, den Indien sich für seine Streitkräfte wünscht: Indien versucht sich im indischen Ozean als dominante Militärmacht zu etablieren. Indien ist jüngst, und dies macht es zu einem direkt beteiligten am oben beschriebenen Konflikt im Südchinesischen Meer, eine Marine-Partnerschaft mit Vietnam eingegangen.

Die USA: Externer Faktor im asiatischen Konkurrenzkampf

Die Anfang 2012 von Präsident Obama angeregte „Rückkehr“ der Vereinigten Staaten nach Asien wurde in den amerikanischen Medien als Paukenschlag verkauft - ein großer Strategiewechsel ist sie indes nicht. Nicht wenige Beobachter in Asien, vor allem in den nordasiatischen Ländern (Süd-)Korea und Japan, quittierten die Ankündigung mit einem müden Lächeln: Waren sie, die USA, denn jemals weg? Der Strategiewechsel entpuppt sich bei näherem Hinsehen als die Fortsetzung einer Politik, wie sie, noch von Präsident Bill Clinton initiiert, seit den 1990er betrieben wird. Es ist die Fortsetzung der Verschiebung des Fokus von Europa nach Asien, was nicht viel mehr bedeutet, als dass militärisch in Europa mehr eingespart wird als in Asien. Auch innerhalb Asiens gibt es schon länger eine Verschiebung - sie verläuft vom Norden in den Süden. Unterm Strich gibt es einen kontinuierlichen Abbau des Umfangs der US-amerikanischen Militärpräsenz in ganz Asien, begleitet von einer technischen bzw. qualitativen Aufrüstung. Dass die 7te US-Flotte im Pazifik die größte der USA ist, ist kein Ergebnis einer neuen Politik, sondern das war schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs so.

Das „Neue“ dieser Strategie besteht wohl am Ehesten darin, dass sich die Bedingungen in Ost- und Südostasien geändert haben und die ersten Ergebnisse der US-Strategie sichtbar werden. Im Kern besteht der Umgang der US-Regierung mit Asien aus zwei Komponenten, die häufig getrennt werden, aber in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Es gibt einen ökonomischen und einen sicherheitspolitischen Aspekt.

Die USA haben ein erhebliches Außenhandelsdefizit mit der VR China, das sich in gigantischen Währungsreserven auf der einen und erheblichen Abhängigkeiten auf der anderen Seite niedergeschlagen hat. Als Hauptschuldner der USA übt die Volksrepublik China einen erheblichen Druck auf die USA aus - allerdings finanziert sich die VR durch den Kauf von amerikanischen Staatsanleihen den eigenen Export. China ist gezwungen, das Defizit der USA mitzutragen, will es sein Entwicklungsmodell, das vor allem auf Export basiert, aufrecht erhalten. Chinas zum Teil verzweifelte Versuche, seinen Export zu diversifizieren und den Binnenmarkt zu entwickeln, finden hier ihren Ursprung.

Die gezielte Förderung amerikanischer Investitionen in die Länder Südostasiens, sichtbar vor allem an Vietnam, dienen nicht zuletzt dazu, ein Gegengewicht zu China aufzubauen und damit einseitige Abhängigkeiten zu vermindern. Der Ausbau Vietnams zum Billiglohnland in der Nachfolge der VR ist dabei von beson-

derer Bedeutung, da hier gleich mehrere Signale versendet werden können. Nach Vietnam werden die Produktionen verlagert, die den Zustrom billiger Waren in die USA aufrecht erhalten - Produktionen die in der VR China analog abgebaut werden und somit dort den Druck auf die Löhne wieder verstärken und damit den Ausbau des Binnenmarktes verlangsamen. Es ist auch ein sicherheitspolitisches Signal.

Die nun in einem geradezu atemberaubenden Tempo vollzogene Annäherung der USA an das über lange Jahre verfermte Regime in Myanmar ist ein weiterer Baustein im Versuch, den Spielraum der VR China einzuschränken. Dies ist vielleicht das einzig originär neue Element der amerikanischen Asienstrategie. Den vorsichtigen Signalen aus Naypyidaw, man wäre zu Reformen bereit, sind die USA sofort und ohne große Vorbehalte gefolgt. Damit ist die Politik, der sich auch Teile Europas angeschlossen hatten, Myanmar innerhalb der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) zu isolieren, endgültig gescheitert. Zu lange hatte man gehofft, den Regimewechsel durch Isolation zu beschleunigen. Inzwischen sieht der Westen, dass man damit die Nähe des südostasiatischen Landes zur VR befördert und nun in Hinblick auf wirtschaftliche Kontakte ins Hintertreffen gekommen ist. Die VR China ist bereits über lange Jahre hinweg zum größten Investor in dem Land geworden und plant und finanziert zum Teil gigantische Infrastrukturprojekte, wie z.B. eine Pipeline von der Küste durch das Land nach Südwest-China. Myanmar nutzt die ausländische Skepsis gegenüber dem großen Nachbarn, um sich aus der Isolation zu manövrieren und seiner Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Tourismus und Landwirtschaft haben große Potentiale. Das hier nur beispielhaft angesprochene Verstärken der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Staaten Südostasiens ist ein wesentliches Element der amerikanischen Asienstrategie.

Der Ausbau der militärischen und politischen Verbindungen in die Region ist der zweite Aspekt der Asienstrategie. In Nordostasien, wo die USA ihre Präsenz in Japan und Süd-Korea seit dem Ende des Koreakrieges in den 1950er Jahren langsam reduziert haben, sind immer noch fast 65.000 Soldaten stationiert und auf der Insel Okinawa liegt das Hauptquartier der 7ten Flotte. Die USA haben mit beiden Ländern vereinbart, mehr und mehr Kompetenzen auf die regionalen Partner zu verlagern, auch wenn jüngst der Plan, den Südkoreanischen Streitkräften auch das Kommando im Kriegsfall zuzubilligen, auf 2015 vertagt wurde. Die Nähe zu Nordkorea und der offene Streit um das nordkoreanische Atomprogramm verhindern derzeit, dass die USA sich aus diesem Teil Asiens zurückziehen. Allen existierenden Absichtserklärungen in diese Richtung zum Trotz ist auch nicht davon auszugehen, dass die USA ihre Standorte in Nordostasien jemals vollständig abbauen werden.

Die USA nutzen die Vorbehalte und Ängste vieler südasiatischen Staaten (vor allem der Philippinen und Vietnams) vor dem militärisch erstarkenden China aus, um sich selbst in Stellung zu bringen. Die angespannte Lage im Südchinesischen Meer, verursacht durch überzogene territoriale Ansprüche und angeheizt durch kleine militärische Sticheleien, hat zum Ergebnis, dass einzelne Länder sich ein stärkeres US-amerikanisches Engagement wünschen, wohl wissend, die Lage damit noch weiter zu verschärfen. Die USA kommen diesem Wunsch nach - letztlich aber nicht uneigennützig, sondern aus dem Kalkül heraus, insgesamt an Gewicht in der Region zu gewinnen und ihre Präsenz verstärken zu können. Entscheidend ist dies z.B. auf den Philippinen, wo man in den 1990er Jahren darauf gedrungen hatte, dass die US-amerikanischen Stützpunkte abgebaut wurden - nun wünscht man sie sich zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gestattet derzeit keinen umfangreichen Ausbau der eigenen Streitkräfte, womit die neuerliche Nähe zu den

USA auch innenpolitisch akzeptabel wird. Vietnam hingegen baut derzeit seine Marine und sein Militär aus und schöpft das Geld hierfür aus einer stärker werdenden wirtschaftlichen Entwicklung. Waffenkäufe in Russland, wie Gepard Fregatten und schnelle Kanonenboote, unterfüttern eine aggressive Territorialpolitik, die der VR-chinesischen in Nichts nachsteht. Der militärische Ausbau wird innenpolitisch mit dem Erstarken Chinas gerechtfertigt und legitimiert überdies eine Annäherung an die USA. Dass sich die USA hier einbeziehen lässt, ist kein positives Signal und hilft kaum die Territorialfragen im Südchinesischen Meer zu lösen. Die gemeinsamen Manöver amerikanischer Verbände zusammen mit philippinischen oder vietnamesischen Truppen verschärfen das regionale Klima und wirken nachhaltig gegen vertrauensbildende Maßnahmen an anderer Stelle.

Von einer Lösung weit entfernt

Mit vielen beteiligten Parteien und der Vermischung territorialer Ansprüche und ökonomischer Interessen im Südchinesischen Meer ist eine prekäre Situation geschaffen worden, die im Gefüge des militärischen Gleichgewichts in Asien insgesamt die Tendenz hat, zu eskalieren. Gegenseitige Provokationen und direkte Auseinandersetzungen nehmen an Zahl und Intensität zu. Vorhandene Möglichkeiten, den Konflikt einer friedlichen Verregelung zuzuführen, z.B. über die ASEAN, werden nicht genutzt. Dies geschieht einerseits nicht, da, wie im Falle Chinas, Vorbehalte gegenüber multilateralen Verträgen bestehen, andererseits aber auch historische Erfahrungen nicht in adäquater Weise aufgearbeitet worden sind. Dies betrifft auch die Vermittlung der Ansprüche auf einzelne Inseln in den jeweiligen Ländern. Am Beispiel Chinas wurde mit Verweis auf den Kommentator Long Tao gezeigt, welche autistische und arrogante Weltsicht die Konzentration auf nationalistische Elemente in dem Konflikt hervorbringen kann. Für Vietnam und die anderen Anrainer ließen sich ähnliche und ggf. abgeschwächte Beispiele aufzählen. Die unglückliche chinesische Darstellung und die missglückte institutionelle Behandlung des Konflikts eröffnet dritten (wie Japan, Indien, USA oder den europäischen Mächten) Möglichkeiten, sich in Position zu bringen.

Deutlich wird dabei auch, dass der Konflikt um die Inseln einen Vorwand bietet, Kapazitäten für größer angelegte strategische Programme zu liefern, um Seeräume (nicht nur in Asien) in Einflusszonen aufzuteilen. „Kontrolle“ über Ozeane bestimmten Mächten zuzuschreiben, wird jedoch weit mehr Konflikte heraufbeschwören als Sicherheit z.B. für die Handelsschifffahrt schaffen. Letztlich ist es diese Perspektive, die es notwendig macht, den Konflikt um die Spratly und Paracel-Inseln einer friedlichen und kooperativen Lösung zuzuführen.

Anmerkungen

- Zentral ist dabei die „Schlacht“ vom März 1988 zwischen chinesischen und vietnamesischen Kriegsschiffen, bei denen 9 Tote und 32 Verletzte und über 60 Vermisste gezählt wurden. Der chinesischen Darstellung nach, haben die Vietnamesen versucht, auf einem der Riffe die Nationalflagge zu installieren; laut vietnamesischer Darstellung wurden Versorgungseinheiten der Inseln ohne Vorwarnung angegriffen.
- „The Time to Use Force Has Arrived in the South China Sea“, Long Tao, *Global Times*, 27.9.2011.
- „Time to teach those around South China Sea a lesson“, Long Tao, *Global Times online-ed*, 29.9.2011.
- „Chinese analyst calls for war in South China Sea“, Michael Cole, *Taipei Times*, 30.9.2011.
- Die Entscheidung von Fischereischutzbooten wird von Beijing als niedrigschwellige Reaktion angesehen - eine Sicht, die Anrainer nicht teilen. Siehe hierzu den Bericht 223 der Crisis Group weiter unten im Text.
- Siehe z.B.: China Daily, *Naval drill boost cooperation* 27.4.2012; *Military makes solemn vow on territory* 27.4.2012; *South China Morning Post, Joint drill gets under way as Beijing warns* 26.4.2012; *Xinhua* 26.4.2012.
- Siehe hierzu genauer: Andreas Seifert, *Shi Lang, Chinas erster Flugzeugträger*, in: *Ausdruck*, Ausgabe 3/2011, S. 27-29.
- International Crisis Group, *Asia Report 223, Stirring up the South China Sea*, 23.4.2012. Als relevante Akteure auf chinesischer Seite werden neben dem Außenministerium und der Volksbefreiungsarmee (Marine) auch die Fischereibehörde, die Seeüberwachung (China Marine Surveillance), der Zoll, die Küstenwache (People's Armed Police), sowie regionale Regierung der angrenzenden Provinzen genannt.
- „China's National Defense in 2010“, März 2011.
- Ebenda.
- Waffenlieferungen an Taiwan durch die USA sind in den letzten Jahren mehr und mehr zum Politikum und Spielball der chinesisch-amerikanischen-Beziehungen geworden. Trotz vieler „Zusagen“ seitens Washingtons, wird längst nicht jeder Wunsch mehr erfüllt. Siehe hierzu auch „The Military Balance 2011“, S. 205.
- Inzwischen ist auch die Anschaffung von 6 Kilo-Klasse U-Booten benannt worden (Leszek Buszynski, *The South China Sea: Oil, Maritime Claims, and U.S.—China Strategic Rivalry*, Center for Strategic and International Studies, 2012). U-Boote sind in den, in der Tendenz flachen, Gewässern des Südchinesischen Meeres nicht unbedingt effektiv einzusetzen.
- Zahlen sind Berechnungen des Stockholmer International Peace Research Institut (SIPRI), 2011 SIPRI Yearbook.
- Xinhua* 4.3.2012.
- Der Hafen Gwadar in Pakistan wurde mit chinesischen Konstrukteuren und Mitteln gebaut. Äußerungen der pakistanischen Führung, Beijing möge den Hafen doch als Basis nutzen, haben den Eindruck einer Versorgungskette chinesischer militärischer Einrichtungen auf dem Weg vom Südchinesischen Meer Richtung Mittleren Osten entstehen lassen, der als „String of Pearls“ Eingang in verschiedene europäische Bedrohungsszenarien gefunden hat (z.B. James Rogers, *From Suez to Shanghai*, ISS, Occasional Paper, März 2009).
- Erste Tests wurden am 20. April 2012 durchgeführt und in indischen Medien schon als Sieg über die chinesische Bedrohung gefeiert. Inzwischen wird die Reichweite der Rakete mit über 5000 Kilometern angegeben (ab 5500 Kilometern Reichweite spricht man von einer Interkontinentalrakete) und kann ohne Probleme die chinesischen Großstädte im Westen Chinas erreichen.

(Der vorliegende Text basiert auf zwei Texten, die in *Wissenschaft & Frieden* 2/2012 und im *Friedensforum* 2012 erschienen sind)

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de



Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.